

Sichern Flüchtlinge unseren Wohlstand?

Die meisten Menschen, die 2015 nach Deutschland kamen, arbeiten inzwischen und finanzieren dadurch unsere Sozialsysteme mit, sagt der Migrationsforscher Herbert Brücker. Sein Kollege Ruud Koopmans kontert: Unterm Strich ist die Bilanz negativ

Ruud Koopmans leitet die Abteilung Migration, Integration und Transnationalisierung am Wissenschaftszentrum Berlin



Fotos: Hannes Wiedemann für DIE ZEIT

»Nehmen wir die Syrer. Auf jeden Arbeitenden kamen 2021 fast drei Leistungsabhängige«

DIE ZEIT: Herr Koopmans, 2023 werden bis Jahresende etwa 300.000 Asylbewerber nach Deutschland gekommen sein. Zugleich fehlen Fachkräfte wegen des demografischen Wandels. Retten die Flüchtlinge unseren Wohlstand?

Ruud Koopmans: Entscheidend ist nicht, wie viele Menschen zu uns kommen, sondern ob sie einen Beitrag zur Finanzierung der Sozialsysteme leisten. Und da stimmen die bisherigen Erfahrungen eher pessimistisch. Die Beschäftigungsquote von Menschen aus den wichtigsten Asylherkunftsländern liegt bei gerade einmal 43 Prozent.

Herbert Brücker: Ich halte die Aussagekraft dieser Zahlen für begrenzt. Sie umfassen auch diejenigen, die erst vor Kurzem nach Deutschland gekommen sind. Wir wissen aber: Es dauert generell einige Zeit, bis Geflüchtete in den Arbeitsmarkt gehen. Das hat mit psychischen Belastungen zu tun, damit, dass die Menschen häufig noch nicht die nötigen Fähigkeiten mitbringen – und mit institutionellen Hürden.

ZEIT: Asylbewerber dürfen nie sofort arbeiten. **Brücker:** Vor allem in den ersten drei Jahren ist die Erwerbstätigkeit sehr gering. Das muss man berücksichtigen, wenn man wissen will, wie gut sich Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integrieren. Wir befragen deshalb zusammen mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Sozio-oekonomischen Panel vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung regelmäßig erwachsene Geflüchtete und erfassen dabei auch das Einreisdatum.

ZEIT: Und was sind die Ergebnisse? **Brücker:** Der Erwerbsstatus nimmt mit der Aufenthaltsdauer zu. 2021 waren von den Geflüchteten, die 2015 zu uns gekommen sind, 54 Prozent erwerbstätig, von den 2014 gekommenen 67 Prozent. Heute dürfte die Erwerbstätigenquote der 2015 Zugezogenen weit über 60 Prozent liegen. Das ist beachtlich. Es arbeiten auch nicht alle Deutschen. 2021 betrug die Erwerbstätigenquote der einheimischen Bevölkerung 75,6 Prozent.

Koopmans: Ich halte solche Stichproben für nur begrenzt belastbar. Herbert, du hast es ge-

sagt: Eine ausgewählte Personengruppe wird in regelmäßigen Abständen befragt. Das Problem ist: Die Zusammensetzung dieser Gruppe ändert sich ständig, weil im Lauf der Zeit immer weniger Menschen teilnehmen. Deshalb muss man mit Hochrechnungen auf der Basis solcher Befragungen vorsichtig sein.

Brücker: Unsere Studie ist die größte Befragung von Geflüchteten weltweit. Wir machen in der Statistik normalerweise schon mit tausend Teilnehmern repräsentative Aussagen. Wir befragen jedes Jahr 2800 bis 5600 Menschen. Dass es bei der Teilnahme, wie in allen Befragungen, Ausfälle gibt, stimmt. Mögliche Verzerrungen dadurch gleichen wir durch statistische Verfahren aus. Das gelingt sehr gut.

ZEIT: Lässt sich das belegen? **Brücker:** Für das Jahr 2021 ermittelte unsere Befragung eine Beschäftigungsquote von 40,4 Prozent für die Bevölkerung aus den Asylherkunftsländern, die Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit 40,8 Prozent. Natürlich bleibt wie immer bei sozialwissenschaftlichen Untersuchungen ein Rest von Unsicherheit. Aber wir streiten uns hier, glaube ich, nicht um zwei oder drei Prozentpunkte.

Koopmans: Ich zweifle überhaupt nicht daran, dass ihr das hochprofessionell macht. Aber in eurer Stichprobe gab es nach zwei Jahren schon einen erheblichen Ausfall von Befragten. Das ist gar nicht ungewöhnlich, es ist nun mal verdammt schwer, Menschen wiederholt zu befragen. Ich kenne auch die statistischen Verfahren, und die sind eben nicht immer zuverlässig. Aber es geht ja hier um die Frage, ob die Fluchtmigration zur Nachhaltigkeit der Sozialsysteme beitragen und beim Ausgleich des demografischen Wandels helfen kann. Das wurde uns 2015 von vielen so versprochen, vor allem von Arbeitgeberseite.

ZEIT: Kann sie es? **Koopmans:** Ich schaue mir in diesem Zusammenhang gerne das Verhältnis von Beschäftigten zu den Beziehern von Sozialleistungen an. Nehmen wir die Syrer. Ende 2021 betrug deren durchschnittliche Aufenthaltsdauer fünf Jahre.

Damals waren 180.000 Syrer sozialversicherungspflichtig beschäftigt. 324.000 Syrer im erwerbsfähigen Alter waren auf Sozialleistungen angewiesen. Nimmt man die sogenannten abhängigen Leistungsempfänger hinzu, etwa Kinder, kommt man auf 517.000. Auf jeden Arbeitenden kamen also fast drei Leistungsabhängige. Ähnliche Verhältnisse sehen wir auch bei anderen Flüchtlingsgruppen. Bei deutschen Staatsangehörigen kommen dagegen zehn Arbeitende auf einen Sozialleistungsabhängigen.

Brücker: Allerdings sind aus den Asylherkunftsländern bis Jahresende 2022 nur 40 Prozent der Menschen 2015 und 2016 gekommen. 45 Prozent wanderten 2017 und später ein, allein 11 Prozent im Jahr 2022. Das zieht den Durchschnitt nach unten.

ZEIT: Sichern die Flüchtlinge denn aus Ihrer Sicht den Wohlstand, Herr Brücker?

Brücker: Ruud spielt auf ein berühmtes Zitat des damaligen Daimler-Chefs Dieter Zetsche an: Die Flüchtlinge könnten die »Grundlage für das nächste Wirtschaftswunder sein«. Wir haben schon damals gewarnt und gesagt: Die Integration in den Arbeitsmarkt braucht Zeit. Dass wir jetzt nach sieben Jahren bei weit über 60 Prozent Beschäftigungsquote liegen, ist kein schlechtes Ergebnis. Es ist trotzdem noch nicht so, dass wir finanziell profitieren würden. Da muss man realistisch bleiben.

Koopmans: Ich sage auch nicht: Das ist eine erbärmliche Leistung der Syrer. Nein, die Menschen kommen von weit her. Es handelt sich um Fluchtmigration. Diese ist erst einmal nicht dafür gedacht, einen Beitrag zum Erhalt der Sozialsysteme zu leisten. Man sollte es dann aber auch nicht so verkaufen. Vielleicht kann sich das irgendwann auch positiv auf die volkswirtschaftliche Bilanz auswirken. Aber wenn man auf die Statistiken schaut, wird das noch lange nicht der Fall sein.

Brücker: Ich bin da optimistischer. Wenn wir eine Beschäftigungsquote von 65 oder 68 Prozent erreicht haben, werden die Erwerbstätigen mehr Steuern und Sozialabgaben zahlen, als der Staat an Transferleistungen aufwendet, einschließlich für Bildungs- und Integrationsprogramme. Es kommt aber nicht nur auf die Zahl der Beschäftigten an, sondern auch auf die Art der Tätigkeit, die sie ausüben.

ZEIT: Wer im Restaurant aushilft, der zahlt weniger Steuern und Abgaben als jemand, der Elektromotoren entwickelt.

Brücker: Genau. Und für die Qualität der Beschäftigung spielt ebenfalls die Aufenthaltsdauer eine Rolle. Die Menschen arbeiten anfangs in schlecht bezahlten Jobs und steigen dann schrittweise auf. Das durchschnittliche Monatsgehalt der 2015 Eingereisten liegt immer noch klar im Niedriglohnbereich, nämlich bei 2100 Euro brutto. Aber wer das verdient, trägt jährlich immerhin 11.000 Euro an Steuern und Abgaben bei. Das ist keine unerhebliche Summe. Wir können also auch davon profitieren, wenn Menschen im Niedriglohnbereich arbeiten. Und wir machen eine interessante Beobachtung: Von den Menschen, die seit 2015 da sind, arbeiten 70 Prozent als Fachkräfte und nur noch 30 Prozent als sogenannte Helferinnen und Helfer.

Koopmans: Natürlich steigen die Leute auf. Aber es kommen auch immer neue Flüchtlinge hinzu. Deshalb kann man natürlich sagen: Eine bestimmte Gruppe von Flüchtlingen, die an einem Datum eingereist ist, zahlt irgendwann so viele Steuern, dass die Ausgaben gedeckt sind und vielleicht sogar ein positiver Beitrag zur Finanzierung der Sozialsysteme geleistet werden kann. Doch wenn man alle Flüchtlinge zusammen betrachtet, dann bleibt es bei einem Minus. Jedenfalls solange wir die irreguläre Migration nicht in den Griff bekommen.

Brücker: Jeder, der arbeitet, reduziert die Belastung für den Sozialstaat. Aber klar: Unter dem Strich verursacht anhaltende Fluchtmigration Kosten. Ich persönlich halte das für vertretbar. Schließlich geht es um eine humanitäre Frage.

ZEIT: Könnte die Erwerbsbeteiligung durch Leistungskürzungen erhöht werden? Dann hat man weniger Geld, wenn man nicht arbeitet.

Koopmans: Ich glaube schon. Das erklärt auch die hohe Arbeitsmarktbeteiligung in Ländern wie den USA oder auch in Großbritannien. Eine Frage ist, ob man das will. Und eine andere Frage ist, ob man das kann: Wer anerkannten Flüchtlingen weniger Sozialleistungen zahlt als deutschen Staatsbürgern, stößt schnell an verfassungsrechtliche Grenzen. Aber wenn man europäische Länder vergleicht, gibt es in Deutschland schon Verbesserungsbedarf. Nehmen wir die Arbeitsmarktpartizipation der Ukrainer: In Deutschland liegt sie bei 20 Prozent, in den Niederlanden bei 50 Prozent.

Da muss man sich schon die Frage stellen, was in Deutschland schief läuft.

Brücker: In den Niederlanden werden die Leute schnell in Arbeit gebracht, dafür sind die Arbeitsverhältnisse oft prekär, und kaum jemand arbeitet Vollzeit. 70 Prozent der nicht erwerbstätigen Ukrainer sind bei uns gegenwärtig in Sprachprogrammen oder anderen Integrationsprogrammen. Deshalb sind bei der Erwerbsbeteiligung im Moment andere Länder weiter. Langfristig kann das nachhaltiger sein. So ist die Erwerbstätigkeit der anderen Geflüchteten in Deutschland höher als in den Niederlanden. Wir werden sehen, ob das bei den Ukrainerinnen und Ukrainern auch so sein wird.

Koopmans: Richtig ist: In den Niederlanden macht man nicht erst einmal tausend Kurse, und das wirkt sich auf die Qualität der Beschäftigung aus. Viele Ukrainer kommen in Leiharbeitsfirmen unter. Aber wir haben es hier mit Leuten zu tun, die hoffentlich in ein paar Jahren wieder in ihre Heimat zurückgehen können und das oft auch wollen. Die werden also nicht dauerhaft bleiben. Ich bin mir nicht so sicher, ob es dann sinnvoll ist, zu sagen: Wir bilden euch erst einmal alle aus.

Brücker: Geringere Transferleistungen bedeuten nicht zwingend höhere Erwerbstätigkeit. Eine Studie in Dänemark zeigt, dass die Halbierung der Transfers für Geflüchtete nur kurzfristig positive Effekte hatte, langfristig sind die Erwerbstätigenquoten der Frauen gesunken und die der Männer gleich geblieben. Und die Kriminalität ist gestiegen.

ZEIT: Woran liegt es, dass unter Geflüchteten Frauen deutlich weniger arbeiten als Männer? **Koopmans:** Das hat mit kulturellen und religiösen Faktoren zu tun. Und es gilt nicht nur für Fluchtmigration, sondern auch für die Nachkommen der Gastarbeitergeneration. Generell kann man sagen: Wenn die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen in den Herkunftsländern niedrig war, dann ist sie auch in Deutschland niedrig. Die Korrelation ist sehr stark. Der Irak oder Afghanistan sind Länder mit einer extrem niedrigen Beschäftigungsquote von Frauen.

Brücker: Eine Studie des Instituts für Arbeits-

markt- und Berufsforschung hat sich das empirisch angesehen, denn die Hypothese liegt natürlich auf der Hand.

Koopmans: Das ist keine Hypothese. Ich habe mir das auch empirisch angeschaut.

Brücker: Die Studie hat herausgefunden, dass man die Beschäftigungsdifferenzen zwischen Frauen und Männern überwiegend mit strukturellen Faktoren erklären kann: mit Bildung und Ausbildung, Berufserfahrung in den Herkunftsländern, Gesundheit, vor allen Dingen aber mit der Zahl der Kinder.

ZEIT: Wer viele Kinder hat, kann nicht so viel arbeiten?

Brücker: Genau, geflüchtete Mütter, Ukrainerinnen ausgenommen, haben im Schnitt 2,9 Kinder. Das ist der Bereich, bei dem die Beschäftigung auch unter deutschen Frauen sehr stark einbricht. Die Sorgearbeit tragen bei Geflüchteten wie Deutschen leider immer noch überwiegend Frauen. Die Studie findet keine signifikanten Effekte von Wertvorstellungen auf die Beschäftigung. Und diese sind übrigens nicht so konservativ wie häufig angenommen.

Koopmans: Das überzeugt mich nicht. Eine traditionelle Geschlechteraufassung übersetzt sich eben in früheres Heiraten, in den Abbruch von Schule und Ausbildung, in eine größere Kinderzahl. Das sind Mechanismen, über die sich kulturelle und religiöse Wertvorstellungen in Arbeitsmarktpartizipation übersetzen. Wenn wir sehen, dass wir bei den nach Deutschland geflüchteten syrischen Männern 2021 eine Erwerbsbeteiligungsquote von 40 Prozent haben und bei den Frauen von unter zehn Prozent, dann kann man aus meiner Sicht nicht sagen, das hat nichts mit Kultur zu tun.

Brücker: Man kann nie eindeutig feststellen, ob solche Unterschiede auf kulturelle oder strukturelle Faktoren zurückzuführen sind. Aber wichtig ist doch: Um die Probleme zu lösen, müssen wir an die strukturellen Faktoren ran. Das heißt: die Kinderbetreuung verbessern, bei Bildung und Qualifizierung ansetzen.

Das Gespräch moderierten Simon Langemann und Mark Schieritz



Herbert Brücker leitet am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) den Bereich Migration, Integration und internationale Arbeitsmarktforschung

»Dass wir nach sieben Jahren bei weit über 60 Prozent Beschäftigungsquote liegen, ist kein schlechtes Ergebnis«